

Maßnahmen für den Klimaschutz sind vor Ort nötig – das ist noch kein Notstand

Beschlossen von der 35. Bundesdelegiertenversammlung
am 12. Oktober 2019 in Gummersbach.

Unter dem Eindruck der aktuellen Klimadebatte wird in immer mehr Kommunen in Deutschland der sogenannte „Klimanotstand“ ausgerufen oder der Antrag dazu gestellt. Damit sollen die Städte und Gemeinden verpflichtet werden, dem Klimaschutz bei allen Entscheidungen von Politik und Verwaltung höchste Priorität einzuräumen.

Die Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker spricht sich gegen die Ausrufung eines „Klimanotstands“ aus. Die Begrifflichkeit „Notstand“ eignet sich nach unserer Ansicht nicht für die Feststellung, dass dringender Handlungsbedarf notwendig ist.

Anstatt der Ausrufung des „Klimanotstands“ kann der Rat einer Stadt in einem Grundsatzbeschluss regeln, dass ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei allen Entscheidungen der Kommune zu berücksichtigen und Lösungen vorzubeugen, die sich in Übereinstimmung mit den Zielen der Agenda 2030 des Pariser Abkommens positiv auf das Klima-, Umwelt- und Artenschutz sowie den Ressourcenverbrauch auswirken. In diesem Zusammenhang fordert der VLK-Bundesverband, die Ziele der Agenda 2030 auf kommunaler Ebene noch intensiver zu verfolgen.

Der geringe Anteil Deutschlands an den globalen CO²-Emissionen entbindet uns keineswegs von der Verantwortung, die wir als eine der größten Volkswirtschaften der Welt haben. Das bei Entscheidungen zu berücksichtigen, ist genauso verantwortungsbewusst, wie die finanziellen Folgen der Entscheidungen für den Haushalt zu bedenken oder zu beurteilen, ob sie sozialverträglich sind.

Ein liberales Klimaschutzkonzept baut nicht auf Verbote und Sanktionen, sondern setzt auf die innovative Kraft unserer sozialen Marktwirtschaft.

Zugleich erreichen wir, durch die systematische Verringerung der Zertifikate analog zu den eingegangenen Verpflichtungen zum Klimaschutz, mit unserem Konzept sicher die politischen Ziele.

Als konkrete Maßnahmen für einen kommunalen Klimaschutz fordert die Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker:

- **Maßnahmen der Kommunalverwaltung**
 - Erarbeitung eines Klimaschutzkonzeptes
 - Einsatz von energieeffizienten Bürogeräten und Gebrauchsgütern
 - Energieeffizienter kommunaler Fuhrpark
 - Beteiligung an nationalen und internationalen Initiativen und Bündnissen zum Klimaschutz
 - Förderung innovativer Start-Ups in der Region
 - Stärkere Verankerung des Generationenthemas „Klimawandel“ in den Schulen in eigener Trägerschaft z.B. durch Schaffung eines Schulwaldes, an dem ein neuer Lernort geschaffen wird und als Freiraumlaboratorium für die Entwicklung der Umwelt über lange Zeiträume zur Verfügung steht. Gerade hier können Themen wie biologische Vielfalt, Ökosysteme, Klimaschutz oder die gesellschaftliche Funktion von Naturlandschaften nähergebracht werden.
 - Abfallvermeidung in allen Einrichtungen
 - Unterstützung zivilgesellschaftlicher kommunaler Initiativen im Bereich des Klimaschutzes

- **Maßnahmen im Bereich Energie und Versorgung**
 - Einrichtung einer Klimaschutz- und Energie-Beratungsstelle zusammen mit dem Grundversorger
 - Optimierung der Stadtbeleuchtung
 - Energiebewusste Stadt- /Bebauungsplanung
 - Kommunale Förderprogramme für die Sanierung und Innovation im Gebäudebestand
 - Netzwerkbildung für Fachkräfte
 - Beachtung der Klimaschutzthematik bei neuen Konzessionsverträgen
 - Potentialanalysen und Flächenmanagement für Erneuerbare Energien
 - Energieeinsparung und -gewinnung bei der Klärschlammbehandlung und Klärschlammverwertung

- **Maßnahmen im Verkehr**
 - Förderung des Fuß- und Radverkehrs
 - Verkehrsberuhigungen bei passenden Stellen
 - Steuerung des Ziel- und Quellverkehrs
 - Parkraummanagement intelligent mit dem ÖPNV verknüpfen
 - Attraktivitätssteigerung des ÖPNV durch einen intelligenten Ausbau zwischen Stadt und Land

Dem VLK-Bundesverband ist klar, dass je nach Größe der Kommune die vorgeschlagenen Maßnahmen mit Blick auf die finanziellen und personellen Ressourcen schwerer angegangen werden können. Hier bieten sich Chancen im Rahmen von interkommunaler Zusammenarbeit die Folgen des Klimawandels anzusehen.